

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/10

14. Januar 1977

Ein Fels im Strom der Zeit

-----  
Pastor Martin Niemöller zum 85. Geburtstag

Von Wilhelm Dröscher  
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Modell mit Chancen

-----  
Rentenfinanzen werden stabilisiert

Seite 3 / 26 Zeilen

Gefährliche Milchmädchenrechnung

-----  
Vorsitzender der Umweltschützer verwechselte Gefährdungspotential und Risiko

Von Gerhard Flämig MdB

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 400  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 38/39  
Telefax: 00 30 645-48 pöbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ein Fels im Strom der Zeit  
-----

Pastor Martin Niemöller zum 85. Geburtstag

Von Wilhelm Dröschner

Mitglied des Präsidiums der SPD

Martin Niemöller ist der einzige Christ in Deutschland, der zugleich Träger des sowjetischen Lenin-Ordens ist. Von Karl Barth, dem großen Theologen des Protestantismus, existiert eine Einschätzung Niemöllers, an der jedes Wort stimmt: Seine impulsive Art zu reden, ausgezeichnet durch den Umstand, daß er sich um den Eindruck, den sie macht, nicht kümmert, lassen ihn zu einer unberechenbaren Persönlichkeit werden.

Es ist ganz unmöglich, Martin Niemöllers Bedeutung journalistisch auch nur annähernd gerecht zu werden. Was aber geleistet werden kann, ist, an einige Akzente seines Lebenswerkes zu erinnern. Denn möglichst wenig davon darf in unserer schnelllebigen Zeit verloren gehen.

Seit 1945 war nahezu jedes Lebensjahr dieses streitbaren Mannes wie ein Dorn im Fleisch der Deutschen - egal, wo man sich politisch, ja sogar kirchlich, einzustufen pflegte. Denn Niemöller hat nie einer Partei angehört. Folglich war er frei, seine Liebe ohne Rücksicht auf die politischen oder weltanschaulichen Lager auszuteilen.

Sozialdemokraten werden in erster Linie dieses Mannes als eines Antifaschisten par excellence gedenken. Acht Jahre KZ und der Umgang mit gleichermaßen verfolgten freiheitlichen Sozialisten haben bei Niemöller wohl mehr Nachdenken in Gang gesetzt als U-Bootkrieg, Weimarer Zeit und Berliner Gemeindetätigkeit zusammen. So war es konsequent, daß sich Kurt Schumacher und Martin Niemöller gleich nach dem Zusammenbruch kongenial zu begegnen wußten; die Überzeugung eines radikalen Neuanfanges in Kirche und Gesellschaft sowie die Male der nazistischen Verfolgung am eigenen Körper stellten den gleichen Abstand zu Adenauer her.

Niemöller und Schumacher legten auf Begegnungen in Darmstadt und Detmold Grundlagen für ein völlig neues Verhältnis zwischen Protestantismus und SPD. Für Schumacher hieß das, die Sozialdemokratie tritt für die uneingeschränkte Verkündigungsfreiheit der Kirche ein, und die Kirche unterstützt die wertbezogenen Forderungen der Sozialdemokratie. Und bei Niemöller hieß das: ein wirtschaftlicher Sozialismus ist mit persönlicher

Freiheit zu vereinbaren.

Außer später Gustav Heinemann, ist Niemöller keinem von uns verbundener geblieben als Schumacher. Trotzdem mußte die SPD - wie nach ihr andere Parteien - die Erfahrung machen, daß sie für Niemöllers kompromißloses Eintreten zugunsten einer pazifistischen Politik, eingeschlossen den Frontalangriff auf die Bundeswehr in der Kasseler Rede von 1959, zu eng geworden war.

Auch wenn der Antimilitarismus Schumachers in der SPD und Niemöllers Pazifismus in der evangelischen Kirche sich heute in anderer Weise darstellen, tun beide Organisationen heute gut daran, dem pazifistischen Erbe verantwortlich Raum zu geben. Nicht wenige sozialdemokratische Nachwuchspolitikern verdanken der Antikriegs-Ethik Niemöllers entscheidende Anstöße.

Martin Niemöller hatte zeitweise Cromwellsche Züge angenommen. Seine Hausmacht war keine Kirchenbehörde, sondern "allein der Herr Jesus Christus", wie er zu sagen pflegt. Diese zentrale Glaubensmitte ließ ihn beispielsweise beim Düsseldorfer Kirchentag 1973 der völlig verdrängten DKP, die ihn zu vereinnahmen suchte, zurufen, er stehe weit links vom Kommunismus. Andererseits kann der gleiche Niemöller heute sagen, auch ein Kommunist könne Pfarrer sein - Hauptsache, er sei ein gestandener Christ.

Nicht immer in der feinen Art legte sich dieser tieffromme Mann mit seinen eigenen Amtsbrüdern, den Parteien, der Regierung, den Westmächten, dem Vatikan und wer weiß sonst wem an. Diese Gleichzeitigkeit der Gegnerschaft hat ihn zu einem lebenden Symbol des nicht immer widerspruchsfreien deutschen Weges nach 1945 werden lassen.

Ob der Pazifismus Niemöllers heute noch vertretbar ist, darüber läßt sich streiten. Tatsache ist, daß er damit vielen Deutschen, unter ihnen nicht wenige Sozialdemokraten, aus dem Herzen gesprochen hat. Wer ihn als Spinner glaubt abtun zu können, hat die Frage der Schuld, die Niemöller umtrieb, nicht richtig gestellt. Im Jahre 1946 sagte er in Nürnberg über die vertanen Chancen während des Nationalsozialismus: "Wenn wir damals die Wahrheit gesagt hätten, hätte es vielleicht keine Gestapo gegeben. So sehe ich die Schuldfrage an."

Dieses Aussprechen von Wahrheit nach dem Zusammenbruch, begleitet vom Zorn über das Fortschreiten einer vermeintlichen Restauration in Kirche und Gesellschaft, machte es Sozialdemokraten oft so schwierig, mit Niemöller zurecht zu kommen.

Noch ein Wort zu einem anderen bleibenden Beitrag des - wie er auch genannt wurde - "roten Pastors". Niemöller hatte gleich nach dem Krieg intuitiv erkannt, daß kulturideologische Faktoren die Ost-West-Beziehungen belasten mußten. Er bekam später Recht, als die deutsche Bundesregierung unter Adenauer die Erstarkung der Bundesrepublik u.a. mit dem Hinweis auf die Bollwerkfunktion Westdeutschlands gegen den vermeintlich atheistische Osten schmackhaft zu machen suchte.

Niemöller hat allen Kreuzzugsideologien in der Politik ein deutliches "So nicht!" entgegengehalten. Mit der Bemerkung, in der CDU gäbe es mehr Atheisten als in der Sowjetunion, hat er Gerichte, Synoden und Präsidien beschäftigt. Durch eine Vielzahl von Reisen in Ostblockstaaten versuchte Niemöller im Rahmen einer Ein-Mann-Reisediplomatie Brücken zu schlagen und das Eis des Kalten Krieges aufzubrechen. Er war überzeugt, daß "die ganze Not des Abendlandes darin liegt, daß es bis heute nicht in der Lage war, wirklich eine geistige Macht und eine geistige Potenz gegen den Bolschewismus ins Feld zu führen".

Niemöller, der Pazifist und Vorkämpfer politischer Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn, ist sich über die Jahre treu geblieben. Er steht wie ein Fels im Strom der an uns vorüberauschenden Zeit. Einer Zeit, auf die er in seinen großen Jahren als Mahner und Beweger viel Einfluß genommen hat.

(-/14.1.1977/bgj/ja)

Modell mit Chancen  
-----

Rentenfinanzen werden stabilisiert

Der Schein trügt nicht: Die Spitzen der sozialliberalen Koalition haben zwar nicht den Stein der Weisen, wohl aber ein anwendbares Rezept zur langfristigen Sanierung der Rentenfinanzen gefunden. Auch wenn vom Prinzip her eingewendet werden kann, daß sowohl jene Selbständigen, die sich in die gesetzliche Rentenversicherung eingekauft haben, genauso wie die Beamten, nicht von dieser Solidaritätspartie sind: Praktikables war nach Lage der Dinge wohl kaum zu erreichen.

Überdies darf nicht übersehen werden, daß eben aus Gründen der Solidarität sogar Gewerkschaftsführer Beitragserhöhungen als reelle Möglichkeiten zur Sanierung der Rentenfinanzen bezeichnet haben. Dies hat die Koalition jedoch vermieden, abgleich - anders als in der Rentenversicherung - die Beiträge in der Arbeitslosenversicherung seit 25 Jahren nach oben und unten flexibel gewesen sind.

Schließlich gibt der Umstand, daß bis auf die Beamten, alle abhängig Beschäftigten nun an dieser Aktion beteiligt sind, der Belastung für die Betroffenen eine andere Dimension. Die zusätzlichen Kosten dieser neuen Solidarität verteilen sich demnach auf ungleich mehr Schultern als das bei anderen Konzepten der Fall gewesen wäre.

Natürlich kommen durch extreme Konjunkturschwankungen für so umfangreiche Systeme wie das der sozialen Sicherung auch ungleich schärfere Belastungsproben. Verantwortliche Politiker, aber auch Beteiligte und Betroffene, müssen in einem von Überraschungen gewiß nicht freien Lernprozeß neue Erfahrungen sammeln, und diese Erfahrungen dann praktisch anwendbar machen. Die Koalitionsspitzen haben für diese Anwendung ein Modell entwickelt, das so auch praktisch erprobt werden sollte.

Theodor Tremmes  
(= / 14.1.1977/va/hgs)

+ + +

### Gefährliche Milchmädchenrechnung

Vorsitzender der Umweltschützer verwechsellte Gefährdungspotential und Risiko

Von Gerhard Flämig MdB

Hätte Herr Wüstenhagen, der Vorsitzende des Bundesverbandes der Umweltschützer, behauptet, durch die in der Bundesrepublik geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente könnten fünf Millionen Menschen umkommen - wer weiß, ob seine Stellungnahme zum Bericht des Institutes für Reaktorsicherheit nicht eine Pressekampagne ungekannten Ausmaßes gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgelöst hätte! Aber er tat es nicht unter 30 Millionen Soforttoten und er sah - falls mehrere Brennelemente-Lagerbecken gebaut werden, die gesamte Menschheit im Inferno der radioaktiven Strahlung untergehen. Da schüttelten doch viele Leute den Kopf und meinten, hier müsse doch wohl maßlos übertrieben worden sein. Nur - ob fünf oder 30 oder mehr Millionen - wir sind der Auffassung, daß schon ein Toter zuviel ist und daß die Nutzung der Kernenergie unverzüglich untersagt werden muß, wenn die Sicherheit für jedermann nicht nach menschlichem Ermessen gewährleistet ist.

Mittlerweile liegen Stellungnahmen neutraler Gutachter zu neuesten öffentlichen Kontroversen um die Wiederaufarbeitungsanlage vor. Sie decken sich mit dem, was die Fachleute des TÜV und aus dem für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit zuständigen Bundesinnenministerium feststellten: Herrn Wüstenhagen hat eine gefährliche Milchmädchenrechnung aufgemacht - er verwechsellte Gefährdungspotential und Risiko.

Um zu verdeutlichen, worin der Unterschied besteht, sei ein Vergleich erlaubt: Ein 50 kg-Faß Zyankali, jenes hochgefährliche Blausäuregift, das u.a. in Metallhärtereien Verwendung findet, reicht aus, rund eine Milliarde Menschen zu vergiften. Das ist das Gefährdungspotential. Weil man es kennt, hat man Vorkehrungen getroffen, um Vergiftungen nach menschlichem

Ermessen zu verhindern: Verschließbare Fässer, mit Totenkopf-Giftschild gekennzeichnet, besondere Vorschriften für die Sicherung und Handhabung, Atemschutzmasken etc. Die jahrzehntelange Erfahrung lehrt, daß trotz gewaltigem Gefährdungspotential das Risiko gering ist.

Um festzustellen, wie groß das Risiko einer Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennelemente ist, errechnete das Institut für Reaktorsicherheit völlig korrekt zunächst das Gefährdungspotential. Daraus entwickelten die Strahlenschutz-Fachleute alle jene technischen Vorkehrungen und Sicherheitseinrichtungen, die nötig sind, um ein Risiko nach menschlichem Ermessen auszuschließen. Dabei konnten sie davon ausgehen, daß abgebrannte Brennelemente nicht explodieren können, weil die in ihnen enthaltenen hochradioaktiven Spaltprodukte völlig heterogen zusammengesetzt - oder wie die Fachleute sagen - verunreinigt sind. Wohl aber könnten die Brennelemente, fielen die Kühlung aus, schmelzen und dabei gefährliche radioaktive Dämpfe freisetzen. Also genügt es nicht - wie beim Zyankali - bestimmte Behälter und Totenkopfschilder vorzuschreiben. Es muß sichergestellt werden, daß auch im denkbar ungünstigsten Fall das Risiko für die Umwelt zumutbar ist.

Genau zu diesem Ergebnis kommt die IRS-Studie (Institut für Reaktorsicherheit). Kein geringerer als der zuständige Fachbeamte im Bundesinnenministerium, Ministerialdirigent Saal, hat öffentlich festgestellt, die Studie beweise, daß das Risiko einer Wiederaufarbeitungsanlage nicht größer ist als das Risiko eines Leichtwasser-Kernkraftwerkes. Wir fügen hinzu: 168 Kernkraftwerke, die bisher in aller Welt in Betrieb sind, und deren Strahlenbelastung für die Umwelt weit geringer ist als die einer einzigen Röntgenaufnahme, ja geringer als die einer Hochgebirgstour oder einer Reise in einem hochfliegenden Düsenflugzeug. Voraussetzung: Auch eine Wiederaufarbeitungsanlage muß vorschriftsmäßig gebaut, betrieben und kontrolliert werden. Daß dies geschieht, dafür hat der Bundestag gesorgt, mit seinem strengen Atomgesetz und der darauf fußenden Strahlenschutz-Verordnung.

(-/14.1.1977/va/hgs)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt